

28.02.1986

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

Berichterstatter Abgeordneter Schmidt SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986/Ausgegeben: 03.03.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom Ausschuß für Innere Verwaltung und teilweise vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/305 und 10/306 - dargestellt. Danach hat der Ausschuß für Innere Verwaltung Änderungen empfohlen und der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung dem Entwurf des Einzelplans 03 unverändert zugestimmt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Zum Beratungsverfahren bezüglich des Personalhaushalts wird auf den Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 - Drucksache 10/735 - verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 27. Februar 1986 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befaßt. Dabei folgte er den Änderungsempfehlungen des Ausschusses für Innere Verwaltung und beschloß darüber hinaus weitere Änderungen.

Die Fraktion der SPD stellte zu nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen Anträge, die im einzelnen im Anhang zu diesem Bericht dargestellt sind.

1. Kapitel 03 010 - Ministerium

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Dieser Antrag (vgl. Anhang Seite 10) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

2. Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 546 40 - Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften

Der Antrag (vgl. Anhang Seite 10) wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

3. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Der Antrag (vgl. Anhang Seite 11) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

4. Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

a) Ausbringung eines Haushaltsverkers (vgl. Anhang Seite 12)

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

b) Ausbringung von 4 Planstellen ohne Besoldungsaufwand (vgl. Anhang Seite 13)

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

c) Änderung eines Haushaltsvermerkes (vgl. Anhang Seite 14)

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

5. Kapitel 03 620 - Gemeinsame Gebietsrechenzentren Köln und Hagen

a) Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

b) Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter

Diese Anträge (vgl. Anhang Seiten 15 und 16) wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen angenommen.

Die nachfolgend aufgeführten Anträge der Fraktionen der CDU und F.D.P. waren bereits im Ausschuß für Innere Verwaltung gestellt und dort abgelehnt worden. Bei den erneuten Antragstellungen im Haushalts- und Finanzausschuß am 27. Februar 1986 bezogen sich die Fraktionen im wesentlichen jeweils auf die im Ausschuß für Innere Verwaltung vorgetragenen Argumente.

a) Kapitel 03 020 - Allgemeine BewilligungenTitel 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz bei vorgenannter Haushaltsstelle um 21 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

b) Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-WestfalenTitel 422 10 - Bezüge der Beamten

Die Fraktion der CDU beantragte, den Ansatz um 7 500 000 DM zu erhöhen, um damit eine Aufhebung der Phasenverschiebung für den mittleren Dienst und eine Nachschlüsselung von 50 % der betroffenen Stellen für den gehobenen Dienst zu ermöglichen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Die Fraktion der CDU beantragte weiterhin bei dieser Haushaltsstelle, die Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei zu trennen.

Dieser Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion erklärte daraufhin den deckungsgleichen F.D.P.-Antrag zu den Stellenplänen von Schutz- und Kriminalpolizei für erledigt.

Die Fraktion der CDU beantragte zu derselben Haushaltsstelle eine weitere Erhöhung um 1,6 Mio DM, um damit 2 150 Beförderungsmöglichkeiten nach Besoldungsgruppe A 7 für Polizeihauptwachtmeister zu ermöglichen.

Wesentliches Diskussionsergebnis zu diesem Antrag:

Die Fraktionen der F.D.P. und CDU gehen davon aus, daß nach der Absicht der SPD-Fraktion die Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten über das Haushaltsgesetz geregelt werden soll. Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärte, die Bündelung von A 6- und A 7-Stellen für die Schutzpolizei ergäbe nach dem

gegenwärtigen Personalstand 2 945 Beförderungsmöglichkeiten. Im Jahre 1986 seien jedoch nur 2 150 Beförderungen möglich, weil die betroffenen Beamten mindestens zwei Jahre im Eingangsamts verweilen müßten. Über die Ermächtigung im Haushaltsgesetz könnten diese Beamten dann mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses befördert werden. Die Mehrkosten von 1,6 Mio DM seien im Etat vorhanden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärte, die CDU halte ihren Antrag auf Ausweisung der Mittel im Haushalt aufrecht, da eine Ermächtigung im Haushaltsgesetz möglicherweise deshalb nicht ausgeschöpft werde, weil Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stünden.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion zog daraufhin einen Antrag, den Haushaltsansatz mit dem Ziele der kostenmäßigen Abdeckung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten für Polizeihauptwachmeister um 2 000 000 DM zu erhöhen, zurück.

Die Fraktion der CDU beantragte zu derselben Haushaltsstelle

- a) eine weitere Ansatzserhöhung um 9 000 000 DM, und zwar zur kostenmäßigen Abdeckung der Einstellung weiterer 300 Polizeianwärter in Planstellen der Besoldungsgruppe A 6,
- b) die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 (Polizeikommissar/Kriminalkommissar) um 55 auf 2 734 zu erhöhen.

Auch diese beiden Anträge wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ein Antrag der Fraktion der F.D.P.,

bei Kapitel 03 630 - Landesbeauftragter für den Datenschutz

die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 um 2 zu erhöhen und die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 12 um 1 zu vermindern, wurde einvernehmlich auf Anregung der Fraktionen SPD und CDU zurückgestellt, um ihn nach fraktionsinternen Beratungen zwischen der 2. und 3. Lesung des Haushalts 1986 erneut im Haushalts- und Finanzausschuß zu beraten.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 03 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen des Ausschusses für Innere Verwaltung sowie der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Anderungsanträge

der Fraktion der SPD zum Einzelplan 03, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 angenommen wurden.

Änderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung d. Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 18/19	Kapitel: 03 010	Titel: 425 10
----------------	----------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
Entwurf neuer Ansatz +/-	- Änderung eines Haushaltsvermerkes Der Haushaltsvermerk wird wie folgt geändert: "Zu Vergütungsgruppe VI b (DA 02): 2 (-) Stellen ku -1987 - nach Vergütungsgruppe VII/ VIII "	Verlängerung des Wirksamwerdens von 2 ku-Vermerken im Bürodienst des IM.

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 34	Kapitel: 03 020	Titel: 546 40
----------------	-------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
Entwurf 255.000 neuer Ansatz 205.000 +/- - 50.000	Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften	Ansatzminderung als Deckung für ausgabenausweitende Anträge der SPD-Fraktion im Einzelplan 05 (Vorlage 10/308)

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 52	Kapitel: 03 110	Titel: 422 10
----------------	-------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf 7 Planstellen B-2 (Polizeipräsident)</p> <p>neuer Ansatz 6 Planstellen B-2 (Polizeipräsident)</p> <p>+/- - 1 Planstelle B-2 (Polizeipräsident)</p>		<p>Niedrigere Ausbringung einer Planstelle für den Polizeipräsidenten in Mülheim als Konsequenz des Einwohnerrückganges</p>
<p>Entwurf 2 Planstellen A-16 (Polizeipräsident)</p> <p>neuer Ansatz 3 Planstellen A-16 (Polizeipräsident)</p> <p>+/- + 1 Planstelle A-16 (Polizeipräsident)</p>		
<p>Entwurf -</p> <p>neuer Ansatz Es wird folgender Haushaltsvermerk neu ausgebracht: "Es erhält für seine Person ein Stelleninhaber Bezüge der Besoldungsgruppe B-2."</p> <p>+/- -</p>		

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 146	Titel: 422 10
Kapitel: 03 310		

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf neuer Ansatz</p> <p>- Bei der Besoldungsgruppe A-16 (leitender Regierungsschuldirektor) wird bei den ku-Vermerken folgender Vermerk neu ausgebracht: "Die ku-Vermerke gelten nur für die Planstellen in der Schulaufsicht über Gymnasien, Gesamtschulen, berufsbildenden Schulen u. Kollegschulen."</p>		<p>Es soll sichergestellt werden, daß die festgesetzte Zahl der in der Schulaufsicht der genannten Schulen tätigen Dezernenten (Besoldungsgruppe A-16) im Falle des Freiwerdens einer Planstelle unverändert bleibt.</p>
<p>-</p>		

+/-

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan:148/149	Kapitel: 03 310	Titel: 422 10
----------------	-----------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf 98 Planstellen A-15 (Regierungsdirektor)</p> <p>neuer Ansatz 99 Planstellen A-15 (Regierungsdirektor)</p> <p>+/- + 1 Planstelle A-15 (Regierungsdirektor) - ohne Besoldungsaufwand -</p>		<p>Ausbringung einer Planstelle</p> <ul style="list-style-type: none"> - ohne Besoldungsaufwand - für durchlaufende Beamte der Regierungspräsidenten in der Staatskanzlei - entspricht Vorschlag des LRH -
<p>Entwurf 133 Planstellen A-14 (Oberregierungsrat)</p> <p>neuer Ansatz 135 Planstellen A-14 (Oberregierungsrat)</p> <p>+/- + 2 Planstellen A-14 (Oberregierungsrat) - ohne Besoldungsaufwand -</p>		<p>Ausbringung von Planstellen</p> <ul style="list-style-type: none"> - ohne Besoldungsaufwand - für durchlaufende Beamte der Regierungspräsidenten in der Staatskanzlei - entspricht Vorschlag des LRH -

Anhang zu Drucksache 10/723

<p>Entwurf 341 Planstellen A-11 (Regierungsamtmann)</p> <p>neuer Ansatz 342 Planstellen A-11 (Regierungsamtmann)</p> <p>+/- + 1 Planstelle A-11 (Regierungsamtmann) - ohne Besoldungsaufwand -</p>		<p>Ausbringung einer Planstelle</p> <ul style="list-style-type: none"> - ohne Besoldungsaufwand - für durchlaufende Beamte der Regierungspräsidenten in der Staatskanzlei - entspricht Vorschlag des LRH -
--	--	---

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung d. Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 148	Kapitel: 03 310	Titel: 422 10
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf neuer Ansatz +/-</p> <p>- Anderung eines Haushaltsvermerkes bei Planstelle A-15 (RD)</p> <p>Der Haushaltsvermerk wird wie folgt geändert: "davon 1 (1) Stelle kw 31.12.91 - Einsparung 1986 -"</p>		<p>Hinausschieben des Wirksamwerdens eines kw-Vermerkes</p>

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 306	Kapitel: 03 620	Titel: 425 10
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
Entwurf 10 Angestelltenstellen VG BAT V b (DA 04) neuer Ansatz 11 Angestelltenstellen VG BAT Vb (DA 04) +/- + 1 Angestelltenstelle VG BAT Vb (DA 04)		Erneute Ausbringung einer Angestelltenstelle, die im Haushaltsentwurf schon abgesetzt ist; aber erst im Laufe des Jahres 1986 frei wird.
Entwurf - neuer Ansatz Es wird folgender Haushaltsvermerk neu ausgebracht: "kw-Vermerk (Einsparung 1985)" +/- -		

Anderungsanträge der SPD-Fraktion zur 2. Lesung des Haushalts, 1986
in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses

Einzelplan: 03		Seite Hh-Plan: 308/309		Kapitel: 03 620	Titel: 426 10
Antrag			Zweckbestimmung	Begründung	
Entwurf	1	Arbeiterstelle LG MTL IV (DA 02)		Erneute Ausbringung einer Arbeiterstelle, die im Haushaltsentwurf 1986 abgesetzt ist, aber erst im Haushaltsjahr 1986 frei wird.	
neuer Ansatz	2	Arbeiterstellen LG MTL IV (DA 02)			
+/-	+ 1	Arbeiterstelle LG MTL IV (DA 02)			
Entwurf	-				
neuer Ansatz		Es wird folgender Haushaltsvermerk neu ausgebracht: "kw-Vermerk (Einsparung 1985)"			
+/-	-				

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode

21.02.1986

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE**VORLAGE**
10/305

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Bericht über die Beratung

Der Ausschuß für Innere Verwaltung wird über den Personaletat der Polizei erst in seiner Sitzung am 27. Februar 1986 abstimmen und hat bis dahin auch die GesamtAbstimmung über den Einzelplan 03 zurückgestellt.

BerichtA Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Einzelplan 03 des Innenministers in seinen Sitzungen am 5. Dezember 1985 und 23. Januar 1986 erörtert und die Beratungen durch Abstimmung in der Sitzung am 20. Februar 1986 teilweise abgeschlossen. Über den Personaletat der Polizei will der Ausschuß in seiner Sitzung am 27. Februar 1986 beschließen. Aus diesem Grunde wurde auch die Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03 bis dahin zurückgestellt.

Gegenstand der Beratungen war auch ein Gesamtüberblick über den Einzelplan 03 des Innenministers vom 27. November 1985 (Vorlage 10/199), die Vorlage 10/221 des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Bitte, zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 neu in den Haushalt einzusetzen, sowie ein Schreiben des Innenministers vom 4. Februar 1986 (Vorlage 10/227) mit Erläuterungen zu Kapitel 03 310 Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen.

In die Beratungen des Haushaltsgesetzes wurden ferner einbezogen, eine Entschließung der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (Zuschrift 10/193), sowie die Stellungnahme dieses Landesverbandes zum Haushaltentwurf der Landesregierung (Zuschrift 10/258) und ein Schreiben der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen vom 10. Januar 1986 (Zuschrift 10/262) mit einem Forderungskatalog zum Haushalt 1986.

Der Landtag hat zwar in seiner Sitzung am 11. Dezember 1985 bei der Überweisung des Haushaltsgesetzes die Fachausschüsse mit der Maßgabe beteiligt, daß die Beratungen des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen sollten, gleichwohl hat der fachlich zuständige Ausschuß für Innere Verwaltung auch diesen Bereich beraten und über Änderungsanträge zum Personalhaushalt entschieden bzw. will hierüber bezüglich des Personaletats bei der Polizei am 27. Februar 1986 entscheiden.

B Einzelberatungen

Personaltitel

Die SPD-Fraktion hat ihre Überlegungen noch nicht abschließen können, wie die personelle Situation der Polizei zu verbessern ist. Alle Fraktionen halten entsprechende Maßnahmen für dringlich.

Die CDU-Gesamtfraktion hat, so der Sprecher im Innenausschuß, Umschichtungen zugunsten der Verbesserungen der Situation der Polizei in Höhe von 20 Mio. DM aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt.

Die F.D.P.-Fraktion glaubt angesichts der finanziellen Lage des Landes auch im Bereich der Polizei nur mäßige Mehrkosten verantworten zu können. Vor allem fehlt es nach Meinung ihrer Sprecherin an einem langfristigen Gesamtkonzept für die Polizei. Dem widersprach der Innenminister mit Hinweis auf inhaltliche Schwerpunkte.

Dem Problem der Überstunden will die SPD-Fraktion dadurch begegnen, daß sie die Landesregierung auffordert, im Wege des Haushaltsvollzugs ressortübergreifend einen Stellenpool zum Abbau der Überstunden zu bilden, aus dem dann alle Ministerien entsprechend der von ihnen zu vergütenden Überstunden bedient werden können. Auch der öffentliche Dienstherr ist nach Ansicht der Regierungsfraktion aufgerufen Überstunden abzubauen. Sie will allerdings der Landesregierung die Umrechnung der zu entschädigenden Überstunden in neue Stellen überlassen, weil nur sie in der Lage sei, alle Voraussetzungen und Konsequenzen zu übersehen.

Die CDU-Fraktion hat festgestellt, daß bei der Polizei vergütete Überstunden in der Hauptsache im Bereich der Kriminalpolizei anfallen. Sie hält deshalb eine Erhöhung der Planstellen bei der Kripo für eine gangbare Lösung.

Im Wege des Haushaltsvollzugs sollte nach Ansicht der SPD-Fraktion auch eine Strukturverbesserung im mittleren Dienst der Polizei zu erreichen sein. Es sei im Laufe des Haushaltsjahres 1986 eine Änderung der Stellenplanobergrenze im mittleren Dienst durch den Bundesgesetzgeber zu erwarten. Wenn die Landesregierung die sich dadurch ergebenden Möglichkeiten voll ausschöpft, würde sich durch eine Erhöhung des Anteils der Besoldungsgruppen A 7, A 8 die Besoldungssituation im Polizeidienst erheblich verbessern.

Die CDU-Fraktion hegt Zweifel an einer Änderung der Stellenplanobergrenzenverordnung im Laufe des Haushaltsjahres 1986, da sich die Finanzministerkonferenz inzwischen gegen eine solche Änderung ausgesprochen habe.

Einigkeit bestand im Ausschuß für Innere Verwaltung darüber, daß gerade im Bereich der Polizei auch der Fachausschuß sein Votum geben sollte. Man einigte sich deshalb schließlich darauf, über sämtliche Änderungsanträge zum Personaletat der Polizei in einer Sitzung am 27. Februar 1986 zu beraten, auch um somit der Regierungsfraktion die Möglichkeit zu geben, ihre geplanten Änderungen mit der Gesamtfraktion noch abstimmen zu können.

Angekündigt aber zurückgestellt wurden deshalb folgende Anträge:

Kapitel 03 110, Titel 422 10 (Bezüge der Beamten)

Die Zusammenführung der Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei hat nach den Erfahrungen der CDU-Fraktion keine Vorteile gebracht. Hierdurch würden nur die schlechten Beförderungsmöglichkeiten im Bereich der Schutzpolizei verschleiert. Sie will deshalb den Antrag stellen, die Stellenpläne wieder zu trennen.

Die F.D.P.-Fraktion kündigte den gleichen Antrag an, da auch nach ihren Feststellungen die Zusammenlegung keine Probleme beseitigt hat, sondern im Gegenteil zu einer Rivalität zwischen Schutz- und Kriminalpolizei geführt habe.

Zum gleichem Titel wird die CDU-Fraktion eine Erhöhung des Ansatzes um insgesamt cirka 18,7 Millionen DM beantragen. Die Erhöhung soll in Höhe von 2,5 Millionen DM verwandt werden, um unter Aufhebung des Phasenbeschlusses die volle Nachschlüsselung der Stellen im mittleren Dienst unter Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen zu ermöglichen. Um die Aufhebung der Phasenverschiebung im gehobenen Dienst zu 50 % zu ermöglichen, sollen weitere 5 Millionen DM bereitgestellt werden. Die CDU-Fraktion hält eine Nachschlüsselung in allen Bereichen aus sozialen Erwägungen für dringend notwendig.

Ein weiterer Teilbetrag des erhöhten Ansatzes von 2,2 Millionen DM, soll bereitgestellt werden, um 2000 neue Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 zum Zwecke der Beförderung von Polizeihauptwachtmeistern einzurichten. Nach Feststellungen der CDU sind rund 2600 Polizeihauptwachtmeister trotz Erfüllung der vorgehenden Wartezeiten ohne Beförderungsmöglichkeiten. Die CDU ist der Ansicht, daß der bestehende Beförderungsstau sozial nicht vertretbar ist.

Um rund 1500 Beamten der Polizei die Möglichkeit zu eröffnen in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 7 befördert zu werden, will die F.D.P. ebenfalls einen Betrag von 2 Mio. DM zur Verfügung stellen. Auch dieser Antrag wurde vorerst zurückgestellt.

Ein weiterer Teilbetrag des erhöhten Ansatzes, und zwar 9 Millionen DM, soll nach den Willen der CDU-Fraktion für die Einstellung weiterer 300 Polizeianwärter in Planstellen A 6 bereitgestellt werden. Die antragstellende Fraktion will mit diesem Antrag dem vorgesehenen Stellenabbau begegnen. Ein solcher ist im Bereich der Polizei nach Ansicht der CDU nicht gerechtfertigt. Die derzeitige Einstellungsquote von 400 Anwärtern ist nach ihrer Ansicht im Hinblick auf einen ausgewogenen Stellenkegel auch für die Zukunft unzureichend. Die CDU-Fraktion verlangt eine kontinuierliche Einstellung, zumal genügend qualifizierter Kräfte derzeit auf dem Arbeitsmarkt zu finden seien. Die Anwärter sollen auf Planstellen geführt werden, um einem neuen Beförderungsstau im Bereich der Besoldungsgruppen A 6, A 7 entgegenzuwirken.

Weiterhin zurückgestellt wurde schließlich auch zum gleichen Titel der Antrag der CDU die Zahl der Planstellen in der Besoldungsgruppe A 9 (Polizeikommissar, Kriminalkommissar) um 55 zu erhöhen. Bei der Kriminalpolizei seien nach Angabe des Innenministers innerhalb eines Jahres rund 230 000 Überstunden ausgeglichen worden. Die hierfür aufgewandten 2,2 Millionen DM sollen für neue Stellen bereitstehen. Es sei das sicherheitspolitische und soziale Anliegen der CDU, führte der Sprecher aus, die Mehrarbeit bei der Kriminalpolizei durch Schaffung neuer Stellen abzubauen. Auch dieser Antrag wurde bis zur Sitzung am 27. Februar 1986 zurückgestellt.

Die SPD-Fraktion beantragte zu Kapitel 03 010, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - bei der Besoldungsgruppe A 13 nunmehr statt 96 jetzt 95 Oberamtsratstellen auszuwerfen, davon eine Stelle kw (§ 42 LPVG).

Damit korrespondiert der weitere Antrag der SPD-Fraktion bei Kapitel 03 310, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) - die Zahl der Regierungsdirektorenstellen Bes.Gr. A 15 von 98 auf 99 (davon 1 kw § 42 LPVG) zu erhöhen. Die SPD-Fraktion folgte damit einer Anregung der Landesregierung. Der im Innenministerium beschäftigte freigestellte Vorsitzende des Hauptpersonalrats hat inzwischen sein Amt niedergelegt, sein Nachfolger kommt aus dem nachgeordneten Bereich. Die kw-Stelle kann deshalb aus dem Bereich des Innenministeriums in den Bereich der Regierungspräsidenten übertragen werden.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Die Regierungsfraktion beantragte bei Kapitel 03 370, Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter - eine Regierungsoberamtsratstelle der Besoldungsgruppe A 13 neu auszuwerfen. Auch hier folgt Sie einer Anregung der Landesregierung, die aufgrund der inhaltlichen und zahlenmäßigen Erweiterung des Angebots der Fortbildungsakademie Attendorf die personelle Verstärkung für erforderlich hält.

Die Deckung soll zur Hälfte bei Kapitel 03 370, Titel 427 10 - Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige -, in Höhe von 25 000 DM sowie zur Hälfte aus Kapitel 03 820, Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten - durch Absetzung einer Angestelltenstelle BAT V b/V c (Dienststart 02) erbracht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen, die geltend machten, keine Gelegenheit zur Prüfung erhalten zu haben, genehmigt.

Kapitel 03 630

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) -

Die F.D.P.-Fraktion stellte den Antrag, für den Landesbeauftragten für den Datenschutz - zwei Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 unter Wegfall einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 12 neu zu schaffen.

Nach Ansicht der F.D.P.-Fraktion ist der Datenschutzbeauftragte angesichts steigender Aufgaben auf mehr Personal angewiesen, zumal er in letzter Zeit verstärkt auch von Bürgern um Hilfe angegangen wird. Der Antrag, dem auch die CDU zustimmte, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Kapitel 03 020

Titel 531 00- Öffentlichkeitsarbeit -

Die F.D.P. stellte den Antrag, die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit um 21 000 DM zu kürzen. Angesichts der bedrohlichen finanziellen Situation des Landes müsse man auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit seinen Sparwillen deutlich machen, führte die Sprecherin aus.

Nach Ansicht der SPD-Fraktion gibt es keinen schlüssigen Nachweis, daß der Innenminister seine Selbstdarstellung überzogen hätte. Die Regierungsfraktion lehnte den Antrag, für den CDU und F.D.P. gemeinsam votierten, ab.

Kapitel 03 110

Titel 748 00 - Baumaßnahmen für die Polizeistation
Bad Salzuflen -

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, wegen des besonders schlechten Zustands der Polizeistation in Bad Salzuflen, 400 000 DM für Um-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen in den Haushalt einzubringen. Nach Ansicht aller Fraktionen handelt es sich um einen dringende Not- und Überbrückungsmaßnahme.

Die Kosten werden sich voraussichtlich auf insgesamt 2 670 000 DM belaufen, so daß nunmehr ein Betrag von 2 270 000 DM vorbehalten bleibt.

Zum gleichen Kapitel beantragte die SPD-Fraktion, in einem weiteren neuen Titel 764 20 - Neubau für die Polizeistation Langenfeld - 100 000 DM anzusetzen. Der Neubau ist dringend erforderlich, eine Haushaltsunterlage liegt bereits vor. Mit den Bauarbeiten kann aber erst 1987 begonnen werden, da auf dem landeseigenen Grundstück eine Schule steht, die noch für andere Zwecke genutzt wird. Somit sind im Haushalt 1986 nur die Kosten einer vorbereitenden Planung erforderlich. Die Gesamtkosten belaufen sich voraussichtlich auf 6,4 Millionen DM, so daß abzüglich der Vorplanungskosten 6,3 Millionen DM vorbehalten bleiben.

Die Anträge zu beiden Baumaßnahmen wurden vom Ausschuß einstimmig angenommen. Eben so einstimmig angenommen wurde der Deckungsvorschlag der SPD-Fraktion in Kapitel 03 110, Titel 775 00 - Baumaßnahmen Landesbehördenhaus/Polizeipräsidium Bonn, fünfter Teilbetrag - den Baransatz um 500 000 DM zu mindern. Die Erläuterungen sind entsprechend zu berichtigen.

Kapitel 03 110, Titel 811 20 - Erwerb von Wasserfahrzeugen -

Die SPD-Fraktion beantragte, den im Entwurf vorgesehenen Baransatz um 51 000 DM auf 453 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag geht zurück auf eine Anregung der Landesregierung wegen der nach Aufstellung des Haushaltsentwurfs ermittelten Ansatzserhöhung. Die Erläuterungen sind entsprechend zu ergänzen: Erster Teilbetrag 325 000 DM, Gesamtkosten 426 000 DM, vorbehalten bleibt ein Betrag von 101 000 DM.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P. ebenso mehrheitlich angenommen wie die Absetzungen zum Ausgleich dieser Erhöhungen bei Titel 812 16 im gleichen Kapitel. Dort kann ein Teil der unter Ziffer 2 der Erläuterungen ausgewiesenen Zusatz- und Ergänzungseinrichtungen auf 1987 verschoben werden. Auch hier sind die Erläuterungen entsprechend zu ergänzen, so daß hier nunmehr ein Betrag von 449 000 DM einzusetzen ist.

Die Gesamtabstimmung über den Haushalt 03 des Innenminister wurde bis zur Sitzung am 27. Februar 1986 zurückgestellt. Über das Abstimmungsergebnis sowie noch eventuell zu beschließende Änderungsanträge zum Personaletat der Polizei wird der Berichterstatter des Ausschusses für Innere Verwaltung in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuß am gleichen Tag mündlich berichten.

Pohlmann
Vorsitzender

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986
hier: Einzelplan 03 - Innenminister
- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichtersteller Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 03 wird unverändert zugestimmt.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Ansätze für Fachpersonal bei den Regierungspräsidenten als Bezirksplanungsbehörden, für Bezirksplanungsräte sowie für die Bezirksplanung (Titel 422 10, 425 10, 426 10, 525 10, 526 00, 531 20, 535 00 und 537 10 des Kapitels 03 310) am 22. Januar und 19. Februar 1986 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmte den Ansätzen ohne Änderung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zu.

Hegemann

Vorsitzender

DA

Anlage zu Drucksache 10/723

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1986

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 020	Allgemeine Bewilligungen			
546 40	Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften	255 000	- 50 000	205 000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	4. Kosten für die Durchführung der Aus- wahlverfahren für Beamte aller Laufbahnen	<u>150 000 DM</u>		
03 110	Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen			
748 00	<u>Baumaßnahmen für die Polizeistation Bad Salzflen</u>	-	+ 400 000	400 000
	<u>- 1. Teilbetrag -</u>			
	<u>Erläuterungen:</u>			
	<u>Zur ordnungsgemäßen Unterbringung der Polizei- station Bad Salzflen sind Um-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen dringend notwendig:</u>			
	<u>Kosten lt. Kostenberechnung</u>	<u>2 670 000 DM</u>		
	<u>Veranschlagt 1985</u>	<u>400 000 DM</u>		
	<u>vorbehalten</u>	<u>2 270 000 DM</u>		

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rever Ansatz DM
03 110				
764 20	<u>Neubau für die Polizeistation Langenfeld</u>	-	+ 100 000	100 000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	<u>Für die Polizeistation Langenfeld ist</u>			
	<u>ist ein Neubau notwendig:</u>			
	<u>voraussichtliche Kosten</u> 16 400 000 DM			
	<u>veranschlagt 1985 (Kosten</u> 100 000 DM			
	<u>der vorbereitenden Planung)</u> 6 300 000 DM			
775 00	Baumaßnahmen Landesbehördenhaus/ Polizeipräsidium Bonn	5 000 000	- 500 000	4 500 000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	<u>Veranschlagt 1986</u> 4 500 000 DM			
	<u>Vorbehalten</u> 32 982 700 DM			
811 20	Erwerb von Wasserfahrzeugen	402 00	+ 51 000	453 000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	<u>Ersatzbeschaffung</u>			
	1. 1 Kanalstreifenboot mit Explosionsschutz, 1. Teilbetrag 325 000 DM			
	2. 1 Doppelmotorenanlage Zusammen 128 000 DM			
	Zu 1.: Gesamtkosten 426 000 DM			
	Veranschlagt 1986 325 000 DM			

04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Anderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 110				
812 16	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmelde- und Funkanlagen	20 023 000	- 51 000	19 972 000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	2. Ersatzbeschaffungen			
	Zusatz- und Ergänzungseinrichtungen	<u>449 000 DM</u>		
03 370				
422 10	Fortbildungsakademie Attendorf	186 000	+ 50 000	236 000
427 10	Bezüge der Beamten	700 000	- 25 000	675 000
	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige			
03 820				
425 10	Landesrentenbehörde	5 523 500	- 25 000	5 498 500
	Bezüge der Angestellten			
	Abschluß Einzelplan 03:			
	Gesamteinnahmen:	384 776 800	-	384 776 800
	Gesamtausgaben:	3 783 405 300	- 50 000	3 783 355 300
	Verpflichtungsermächtigungen:	70 585 000	-	70 585 000

Einzelplan 03: Innenminister
 Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn.Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 13	03 010 Ministerium			
	422 10 Bezüge der Beamten			
	Oberamtsrat			
	davon 1 (-) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)	96	- 1	95
	425 10 Bezüge der Angestellten			
	<u>Die Erläuterungen erhalten folgende Fassung:</u>			
	Zu Verg.Gr. VI b Dienststart 02:			
	2 (-) Stellen ku 1987 nach Verg.Gr. VII/VIII			
B 2	03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen			
	422 10 Bezüge der Beamten			
	Polizeipräsident - in einem Polizeibereich	7	- 1	6
	mit mehr als 175 000			
	bis 300 000 Einwohner -			
A 16	Polizeipräsident	2	+ 1	3
	neuer Haushaltsvermerk:			
	<u>Es erhält für seine Person 1 Stellen-</u>			
	<u>inhaber Bezüge der Bes.Gr. B 2.</u>			

DS

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr..	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 13	03 310 5 Regierungspräsidenten			
A 16	422 10 Bezüge der Beamten Leitender Regierungsschuldirektor <u>Ergänzung der kw-Vermerke:</u> Die kw-Vermerke gelten nur für die Planstellen in der Schulaufsicht über <u>Gymnasien, Gesamtschulen, berufsbildende Schulen und Kollegschulen.</u>			
A 15	Regierungsdirektor davon 1 (1) Stelle kw - Einsparung 1986 - und davon 1 (-) Stelle kw 31.12.1991 <u>- Einsparung 1986 - und</u> davon 1 (1) Stelle kw nach Bes.Gr. A 13 und davon 1 (-) Stelle kw (§ 42LPVG) und <u>davon 1 (-) Stelle ohne Besoldungsaufwand</u>	98	+ 3	101
A 14	Oberregierungsrat <u>Der Haushaltsvermerk erhält folgende Fassung:</u> davon 6 (5) Stelle(n) ohne Besoldungsaufwand und - (1) Stelle kw - Einsparung aus 1984 -	133	+ 2	135
A 11	Regierungsamtmann <u>Der Haushaltsvermerk wird wie folgt ergänzt</u> davon 1 (-) Stelle(n) ohne Besoldungsaufwand	341	+ 1	342

07

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 13	03 370 Fortbildungsakademie Attendorn 422 10 Bezüge der Beamten <u>Regierungsoberamtsrat</u>	-	+ 1	1
V b	03 620 Gemeinsame Gebietsrechenzentren 425 10 Bezüge der Angestellten Dienststart 04: Maschinelle Daten-Ver- arbeitung Der Haushaltsvermerk wird wie folgt ergänzt: Zu Verg.Gr. V b Dienststart 04: <u>1 Stelle(n) kw - Einsparung 1985 -</u>	8	+ 1	9
MTL IV	426 10 Bezüge der Arbeiter Dienststart 02: Hausarbeiter <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> <u>Zu Lohngruppe IV Dienststart 02:</u> <u>1 Stelle(n) kw - Einsparung 1985</u>	1	+ 1	2
Vb/Vc	03 820 Landesrentenbehörde 425 10 Bezüge der Angestellten Dienststart 02	37	- 1	36

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn Gr..	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	Personalsoll Einzelplan 03:			
	Planmäßige Beamte:	44 495	+ 6	44 501
	Beamtete Hilfskräfte:	709	-	709
	Angestellte:	8 248	-	8 248
	Arbeiter:	1 928	+ 1	1 929
	Angestellte in Titelgruppen:	435	-	435
	Arbeiter in Titelgruppen:	95	-	95
	Insgesamt	55 910	+ 7	55 917